

Armut und Reichtum

Grundlagentexte geben Antwort (Teil 2)

Die Denkschrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ und die Lazarus-Geschichte lassen sich miteinander lesen. Sie sind verbunden durch die Frage nach Armut und Reichtum, durch die Frage nach dem Erbarmen, nach der Solidarität die Menschen einander gewähren – oder vorenthalten.

Von einer „Kultur des Erbarmens“ oder besser von einer „Kultur der Solidarität“ ist da die Rede. Hier wie dort wird vorausgesetzt – wie in der ganzen Bibel –, dass es nichts Verwerfliches ist, wohlhabend zu sein, etwas zu haben, Glück zu haben und es zu etwas zu bringen. In der Heiligen Schrift hat man das ganz unbefangen als Segen Gottes betrachtet, hat Gott dafür gedankt und sich darüber gefreut.

Denken wir nur an einen Hiob, der 7000 Schafe hatte, dreitausend Kamele, fünfhundert Joch Rinder, fünfhundert Eselinnen und jede Menge Angestellte. Und er war fromm und rechtschaffen, gottesfürchtig und mied das Böse. Offensichtlich geht beides zusammen – zumindest früher. Zugleich wissen wir von Sprüchen wie dem, dass das Kamel eher durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher ins Reich Gottes kommt. Beides gehört zusammen – und beides kommt zusammen, wenn das Erbarmen und die Solidarität dazukommen.

Wer sich anderer erbarmt, wer solidarisch ist, der ist nicht reich, der ist wohlhabend. Der hat wohl, der hat es in rechter Weise. Das ist es, was diesen Mann in der Geschichte, die Jesus erzählt, so verdammungswürdig macht: dass ihm alle „Kultur des Erbarmens“, die Solidarität abhandeln gekommen ist. Nicht der Hugo-Boss-Anzug ist das Unrecht des Reichen – dass da einer liegt, dem mit Abfall schon gedient wäre, ist der Skandal. Ein halbes Promille Steuer auf den jährlichen Börsenumsatz würde für die Grundsicherung der ärmsten Länder genügen, hat die UNO ausgerechnet. Tobin-Steuer nennt man das.

Auch heute haben wir zu viele Reiche, zu viele Arme und zu wenig Wohlhabende. „Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein“ – heißt es im Sozialwort. Wir sprechen heute viel darüber, dass der Sozialstaat zu viel koste, dass es zu viele vom Schlege eines Lazarus gebe, dass man den Sozialstaat verschlanken müsse; zu wenig noch wird über den Reichtum gesprochen, der sich allerorten ansammelt – und der sich mittlerweile nicht einmal mehr durch Vermögenssteuern bedroht sieht.

„Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.“ So sprechen deutsche Bischöfe. Sie sind dem Lazarus verpflichtet.

Dieser Lazarus leidet an drei Übeln: Er hat Geschwüre, er wartet vergebens auf die ihm zustehenden Almosen, die Hunde lecken seine Wunden. Anders gesagt: Seine Krankenversorgung war höchst unzureichend, seine Sozialhilfe ging gegen null, von Hartz IV kann keiner dauerhaft leben – und die Politiker machten Stimmung gegen Leute wie ihn.

Man kann eine „Kultur des Erbarmens“ eigentlich nicht fordern; Solidarität muss wachsen aus dem Erleben, dass man selbst Erbarmen nötig hatte. Wenn einer meint, er hätte alles selbst geleistet, und vergisst, dass er Begabungen geschenkt bekommen hat, dass andere ihn unterstützt haben, es zu etwas zu



André Müller, Diözesanpräsident der KAB.

bringen; wenn eine Gesellschaft meint, sie hätte viel geleistet und verschweigt, auch beschenkt und begünstigt worden zu sein, solche Menschen und Gesellschaften werden bestenfalls reich, sie werden nie wohlhabend und die Klüft und die Verteilungskämpfe und der Eigennutz werden dunkle Blüten treiben.

Hören wir nochmals auf das Sozialwort: „Das Volk Gottes lebt aus der Erinnerung an die Geschichte des Erbarmens Gottes; es erzählt immer wieder Geschichten des göttlichen Erbarmens und feiert es in seinen Festen.“ Wir leben von dieser Erinnerung an das Erbarmen und die Solidarität Gottes.

Gott lässt die Unbarmherzigkeit nicht durchgehen. Er tröstet den Armen, dem das Leben vorenthalten wurde und schenkt Leben: „Und er lebte alle Tage herrlich und in Freuden“ – so könnte man es am Schluss über Lazarus sagen. Die Geschichte will den Reichen die Augen öffnen, sie will uns mahnen, wohlhabend zu sein und nicht erbarmungslos. Der Neoliberalismus ist mackal. er erbarmungslos und einschalt.

Was hätte er tun sollen, der Reiche hinter der Tür des Lazarus? Vor allem hätte er diese Türe nicht zuschließen, sondern nach draußen blicken sollen. Auch wenn es kein schöner Anblick war – den Blick dauerhaft abwenden ist Sünde. Er hätte nicht gleich aller Welt Not beseitigen müssen – aber wenigstens das Elend dieses einen lindern. Vielleicht hätte er seinen Namen erfahren: Lazarus, „Gott-hilf“ – und er hätte herausgehört, dass Gott durch ihn helfen will. Diesem einen Bettler – auch auf die Gefahr hin, ausgenutzt zu werden.

Wie Gott durch mich und dich helfen kann und will? Ich habe daraufhin noch mal unser Sozialwort durchgesehen und gelesen: „Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die hohe Arbeitslosigkeit. Der Sozialstaat und die sozialstaatlichen Leistungen sind nicht die Ursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.“

Also will ich nicht mitmachen – oder zumindest nicht einstimmen – wenn Sozialhilfeempfänger, ausländische Familien oder sonst wer als Sündenböcke herhalten müssen. Man könnte über das Sozialwort hinausdenken – und man könnte vom Reichen fordern, zugunsten des Lazarus eine Luxussteuer zu entrichten auf seinen Purpur und seine kostbaren Leinen; allemal besser als die Mehrwertsteuer-Erhöhung des vergangenen Jahres, die alle trifft.

Eine auf Werten basierende „Kultur des Erbarmens und der Solidarität“ hat unsere Gesellschaft groß gemacht. Dafür gilt es, sich einzusetzen, wenn denn unsere Gesellschaft in einer globalisierten Welt Zukunft haben will. Das ist die Kultur Jesu Christi.

Wirtschaftseliten in der Schmutzdelecke?

Die Debatte hat natürlich auch die KAB erreicht: nimmt angesichts „gefühlter“ mangelnder Moral einiger Top-Manager die soziale Marktwirtschaft in Deutschland Schaden? Eine Debatte, die nicht nur, aber in besonderer Weise auch die Mitglieder eines Sozialverbandes, die Männer und Frauen einer Arbeitnehmerbewegung bewegt. „Soziale Marktwirtschaft, einst ein Gütesiegel der deutschen Wirtschaftsordnung, klingt in den Ohren einer breiter werdenden Bevölkerungsgruppe zunehmend hohl“, sagt Johannes Strickerschmidt, Diözesanvorsitzender der KAB im Bistum Essen.

Die aktuelle Liechtenstein-Affäre bewegt die Gemüter. Eigentlich erstaunlich für einen Fakt, dessen „Datenlage“ schon lange Gesprächsstoff von Fachleuten war. Wolfgang Heinberg, Diözesanbildungsreferent der KAB: „Insider haben mir gesagt: Wer es wissen wollte, fand doch schon lange klare Indizien für das riesige Ausmaß der Steuerflucht aus Deutschland insbesondere nach Liechtenstein und in die Schweiz. Wie anders soll man sich sonst den dramatischen Schwund des Aufkommens aus den Einkommenssteuererklärungen in Deutschland seit etwa 1990 erklären? Obwohl die hohen und höchsten Einkommen die einzigen sind, die seither Jahr für Jahr markant zulegt, sank gleichzeitig der Anteil der „erklärten“ Einkommenssteuern am Sozialprodukt ganz erheblich.“



Strafverschärfung, politischer Druck auf Steueroasen, neues Steuerrecht – die Debatte um Konsequenzen aus dem Steuerkandal gewinnt an Fahrt. Bundeskanzlerin Angela Merkel will sich einschalten und Top-Manager in Einzelgesprächen auf ihre Verantwortung hinweisen. Fotos: in/CDU



Mit Hilfe von „Steuroptimierungsmodellen“ drücken sich offensichtlich Millionen Deutsche vor Steuerzahlungen und rechnen ihre Einkünfte teils drastisch nach unten. Ex-Post-Chef Zumwinkel lag mit seinen Zinseinkünften angeblich einmal sogar unter dem Sparerfreibetrag.

Ganz gegenläufig nahm der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen trotz der real stagnierenden mittleren und unteren Einkommen zu. Nach gängigen Schätzungen von Fachleuten sind in den letzten 15 Jahren mehrere hundert Milliarden Euro aus Deutschland als „diskrete Geldanlagen“ in Steueroasen geflossen. Das Fürstentum Liechtenstein hat daraus geradezu ein „Geschäftsmodell“ gemacht. Neu aber ist, dass dies offenbar bis weit in die Führungskreise von Politik und Wirtschaft hinein jetzt kritischer bewertet wird.

„Bleibt die spannende Frage, was wird aus unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung? Wolfgang Heinberg: „Aus einem schleichen Ansehensverlust der Eliten wird mittlerweile ein galoppierender Imageverlust der so genannten Wirtschaftseliten. Wir haben auch im Ruhrgebiet in den letzten Wochen gespürt, dass das Geschäftsgebaren mancher bekannter Großunternehmen, die einst eine hohe Reputation genossen, teilweise ebenso desillusionierend ist wie das persönliche Verhalten einiger ihrer Repräsentanten.“

Moral und Verantwortung

Da stellen sich auch in den Bildungsveranstaltungen der KAB ganz neue Fragen. Gibt es einen neuen „Zeitgeist“ in den Chefetagen? Ist die aktuelle Manager-Generation nur noch auf Rendite aus und fühlt sich nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet? Für den Sozialverband der KAB sind erste Antworten zum Sachverhalt keineswegs beruhigend. Wolfgang Heinberg: „Mal Klartext gesprochen: Das, was viele als neoliberalen Zeitgeist benennen, hat nun seit etwa 20 Jahren den Leuten das Credo der Gewinnmaximierung eingehämmert.“ Wenn nur jeder seinen eigenen Vorteil maximiere, so Sorge die unsichtbare Hand des Marktes dafür, dass dies für alle gut sei. „Dieses Denken fungiert als ideologische Entlastung von moralischen Ansprüchen der Rücksichtnahme auf andere. Wer so tickt und Skrupel gegen knallharte Geschäftsmethoden im Umgang mit Kollegin-

nen und Kollegen, Lieferanten und öffentlicher Hand ablegt, der bringt ‚Leistung‘ und macht Karriere.“

Also, was bleibt? Kopf in den Sand stecken? Rückzug in gesellschaftliche oder verbandliche Kuschelnischen? Für Christlich-Soziale keine Lösung, wie in den KAB-Debatten immer wieder deutlich wird. Johannes Strickerschmidt: „Die Schlacht um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ist noch nicht verloren, steht aber an einem zentralen und sensiblen Punkt. Wir müssen wieder mehr streiten für Gerechtigkeit im Betrieb, für Mitbestimmung und Mitverantwortung. Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte über Moral und Verantwortung führen und wir müssen klar und überzeugend darstellen, dass katholische Verbände ein Kontrapunkt zur Logik des Heuerns und Feuerns sind, dass Würde und Respekt der Anfang von allem sind und dass Solidarität nicht nur eine Anforderung an die Lebensweise der ‚kleinen Leute‘ ist.“ **wohei**

Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft

Oberhausen. Auf den ersten Blick war die Jahreshauptversammlung der KAB St. Josef, Oberhausen-Sterkrade-Nord, eine Versammlung, wie sie an vielen Stellen des Bistums alljährlich vorkommt. Eine Tagesordnung war abzuarbeiten, Berichte wurden gegeben und Formalien geklärt. Dazu, als Highlight, Jubilarehörungen. Doch die Jahreshauptversammlung der KAB St. Josef hatte ein weiteres Highlight: Der Vorsitzende Hans Reppermund konnte stolz berichten, dass das Jahr 2007 auch ein erfolgreiches Werbejahr für den KAB-Verein war: „Wir haben uns als KAB-Verein intensiv an der Aktionswoche 2007 des KAB-Diözesanverbandes beteiligt. Wir hatten Spaß, übernahmen Verantwortung, boten Mitmachmöglichkeiten und konnten mehr Mitglieder werben als in den Jahren zuvor.“ Klar, dass dieser Werbeerfolg in 2007 auch im laufenden Jahr Ansporn für die KAB vor Ort bleibt und hoffentlich auch die Jahreshauptversammlung 2009 wieder eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bietet.



Auch die Jubilare freuten sich über den Werbeerfolg ihres KAB-Vereins. Auf dem Bild (von links): Resi und Otto Meinderts (Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft), Irmaud Köster-Just und Marie-Luise Langwald (Ehrung für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft), Hans Reppermund (KAB-Vereinsvorsitzender), Josef Wörmann (KAB-

Diözesanverband), Waltraud und Alfred Wenning (Ehrung für 50 Jahre Mitgliedschaft), Pfarrer Hans-Peter Gosselke (Präsident), Marlis und Egon Tapaß (Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft) und Elmar Döring (Ehrung für 50 Jahre Mitgliedschaft). Verhindert war leider Charlotte Andres, die seit 25 Jahren zur KAB gehört. Foto: KAB

GUTES RECHT...

Kosten für Sprachkurse

Die Kosten für Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache eines in Deutschland lebenden Ausländers sind nicht als Werbungskosten absetzbar. Dies gilt selbst bei Berücksichtigung der Tatsache, dass ausreichende Deutschkenntnisse für einen angestrebten Ausbildungsplatz förderlich sind. Der Abzug als Werbungskosten im Rahmen der Einkommenssteuer ist ausgeschlossen, weil hier private Gesichtspunkte beim Erwerb von Kenntnissen der Landessprache eine nicht nur untergeordnete Rolle spielen.

Bundesfinanzhof, Aktenzeichen VI R 14/04

Pflegesätze der Stufe 0

Der Bewohner eines Altenwohnheims kann die vom Heimträger in Rechnung gestellten Pflegesätze für die sogenannte Pflegestufe 0 bei der Einkommenssteuererklärung als außergewöhnliche Belastung abziehen. So entschied der Bundesfinanzhof in einem aktuellen Urteil. Die Pflegebedürftigkeit müsse allerdings nachgewiesen und die Pflegeleistungen tatsächlich angefallen sein. Keine Rolle spiele es, ob der Steuerpflichtige wegen seiner Pflegebedürftigkeit in das Heim umgezogen oder erst nach dem Umzug pflegebedürftig geworden sei.

Bundesfinanzhof, Aktenzeichen: III R 39/05

Videoüberwachung

Videoüberwachung zum Schutz der Bewohner eines Seniorenheims ist mit Einschränkungen zulässig. Die Heimaufsichtsbehörde beanstandete die Kameraüberwachung in einem Seniorenheim. Dort waren 10 Kameras installiert, um die Sicherheit der Bewohner zu gewährleisten. Die Aufnahmen wurden in den Aufstellungsraum des Personals übertragen und für drei Wochen gespeichert. Die Aufsichtsbehörde kritisierte die lange Speicherzeit sowie eine Kamera im Aufenthaltsraum des Heims. Zukünftig wird die Überwachung auf die Eingänge, Flure und Treppenhäuser beschränkt, um die Privatsphäre der Senioren nicht zu gefährden. Die Speicherzeit für Aufnahmen wird auf 72 Stunden reduziert. Hierauf einigten sich der Betreiber eines Seniorenheims und die Heimaufsichtsbehörde vor Gericht.

Verwaltungsgericht Minden, Aktenzeichen: 6 K 552/06

Unfall auf dem Schulweg

Der gesetzliche Versicherungsschutz erlischt nicht zwangsläufig, nur weil ein Kind vom direkten Heimweg abweicht. Ein Achtjähriger hatte nicht aufgepasst und war zwei Haltestellen zu spät aus dem Schulbus ausgestiegen. Beim Überqueren der Straße kam es zu einem schweren Unfall. Die Frage war nun, ob es sich dabei noch um einen gesetzlich versicherten Schulunfall handelt. Ja, sagte das Bundessozialgericht. Normalerweise entfällt zwar der Versicherungsschutz, wenn man nicht den direkten Weg nach Hause nimmt. Bei Kindern müsse man jedoch deren altersspezifische Verhaltensweisen berücksichtigen und großzügiger urteilen.

Bundessozialgericht, Aktenzeichen: B 2 29/06 R